

(K)ein Recht auf Selbstbestimmung

Gesellschaftskritische Perspektiven

Inga Nüthen

Eine der Kernforderungen feministischer Kämpfe um das Recht auf Abtreibung war und ist die Forderung nach Selbstbestimmung. Diese steht für den Anspruch, selbst über den eigenen Körper, im Besonderen die eigene Schwangerschaft bestimmen zu können und sich gegen Fremdbestimmung zu behaupten. Mit Slogans wie «Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine» wurde beispielsweise in den 1970er Jahren von grossen Teilen der bundesdeutschen Frauenbewegung die autonome Entscheidung für oder gegen eine Schwangerschaft eingefordert. Diese Forderung stellte den Kristallisationspunkt für ein weiterreichendes, feministisches Postulat der Selbstbestimmung in allen Lebenslagen und gesellschaftlichen Bereichen dar. Die vehemente Kritik an der mangelnden Verfügungsmacht über den eigenen Körper war Ausgangspunkt für feministische Kritiken an staatlich-medizinischer Bevormundung, dem herrschenden Familien- und Frauenbild, den damit verbundenen Rollenerwartungen und internationalen Bevölkerungspolitiken. Das Einfordern von Selbstbestimmung über den eigenen Körper geriet allerdings schnell in Konflikt mit anderen gesellschaftspolitischen Fragen, weshalb der Begriff auch innerhalb feministischer Debatten umkämpft ist. Diese Kämpfe wandeln sich, parallel zu gesellschaftlichen und technischen Veränderungen.

Umstrittene Reproduktionstechnologien

Spätestens Mitte der 1980er Jahre kam die Forderung nach Selbstbestimmung innerhalb der bundesdeutschen Frauenbewegung mit Blick auf neue Gen- und Reproduktionstechnologien auf den Prüfstand und wurde Gegenstand innerfeministischer Kontroversen. Dieser Debattenwandel begründete sich in der Ablehnung neuer technischer Möglichkeiten wie der Kinderwunschbehandlung, der In-Vitro-Fertilisation und der Pränataldiagnostik. Diese wurden als lediglich vorgetäuschte Erweiterung der Selbstbestimmung zur Verstärkung der medizinischen Kontrolle von Schwangeren interpretiert. Dabei ging es erstens um die Frage autonomer Entscheidungsmöglichkeiten im Rahmen medizinischer Behandlungen, über deren technische Mittel keine bis wenig Informationen zugänglich waren. Zweitens wurde Kritik an einer vorgeburtlichen Diagnostik laut, deren Fokus darauf lag, mögliche körperliche und kognitive Einschränkungen frühzeitig festzustellen und den Befund zur Grund-

lage für eine Entscheidung für einen Abbruch zu machen. Diese mögliche selektierende Wirkung der neuen Technologien wurde in einen Zusammenhang mit Kontinuitäten und neuen Formen der Eugenik gestellt. Drittens gerieten die Technologien in ihrer Funktion für internationale Bevölkerungspolitik in den Blick. Hier wurde kritisch nachgefragt, für wen sie zugänglich waren und welche politischen Ziele mit Blick auf die globale Bevölkerungszusammensetzung damit in Verbindung standen.

Gut 30 Jahre später sind die technischen Möglichkeiten und Wirkweisen von Reproduktionstechnologien um ein Vielfaches erweitert und komplexer geworden. Das Einfrieren von Eizellen, die sich verbreitende Praxis der Leihmutter-schaft oder erweiterte technische Möglichkeiten zur Diagnostik vor der Geburt ermöglichen scheinbar einen selbstbestimmteren, informierten Umgang mit Reproduktion und Schwangerschaftsabbrüchen. Doch die Kritiken an den damit verbundenen Herrschaftsmechanismen haben sich nicht überholt. Eine eingeschränkte informationelle Selbstbestimmung, Selektionsmechanismen und bevölkerungspolitische Komponenten prägen auch die heutige Ausgestaltung von Reproduktionstechnologien. Gleichzeitig sind neue Denkhorizonte entstanden: Beispielsweise ist das Gebären und Aufziehen von Kindern jenseits heterosexueller Elternschaft in immer mehr Gesellschaften vorstellbar, teilweise sogar erwünscht. Die Frage nach dem politischen Gehalt einer feministischen Forderung nach Selbstbestimmung ist also mit aktuellen Herausforderungen konfrontiert.

Aktuelle Herausforderungen

Forderungen nach Selbstbestimmung werden in einem je spezifischen Kontext gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse formuliert. Diesen Kontext genauer zu betrachten, ist grundlegend für die Bestimmung eines emanzipatorischen, gesellschaftskritischen Verständnisses von Selbstbestimmung, das die ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Bedingungen der Reproduktion in den Mittelpunkt stellt. Für eine solche Betrachtung erscheinen mir sieben Aspekte zentral. Erstens werden mit der Weiterentwicklung von Technologien zur pränatalen und Präimplantations-Diagnostik immer neue Mechanismen zur Selektion des Nachwuchses anhand gesellschaftlicher Normen geschaffen. Einerseits werden dadurch die Parameter, die für eine individuelle Entscheidung für eine Abtreibung Relevanz gewinnen, immer detailreicher. Andererseits ist ten-

denziell auch die Planung von Nachwuchs entlang einzelner «Qualitätskriterien» möglich. Die Norm, nach der *bestimmter* Nachwuchs gesellschaftlich erwünscht ist und anderer nicht, muss deshalb weiterhin kritisch adressiert werden. Zweitens besteht – diesen Aspekt verstärkend – ein gesellschaftlicher Druck, vorhandene Techniken anzuwenden. Pränatal- und Präimplantationsdiagnostik gehören zum jeweils «normalen» Ablauf des Schwangerseins bzw. -werdens. Dies steht drittens im Kontext einer neoliberalen Gesellschaft, in der das Risiko, das mit Gebären verbunden ist, nicht gesellschaftlich, sondern individuell verhandelt wird und in der Leistungsfähigkeit zu den obersten Prinzipien zählt. Die Entscheidung für oder gegen eine Abtreibung ist vor dem Hintergrund dieses neoliberalen Klimas zu interpretieren, in dem die Folgen der Entscheidung dem jeweiligen Individuum angelastet werden, ohne die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Entscheidung zu thematisieren. Viertens verschiebt sich die gesellschaftliche Debatte europaweit seit einiger Zeit nach rechts. Antifeminist*innen der sogenannten «Neuen Rechten», von AfD bis zum christlich-fundamentalistischen Spektrum der selbsternannten «Lebensschützer» stellen sich dem Recht auf Abtreibung mit erneuerter Vehemenz entgegen und machen die Kämpfe für einen Zugang zu Abtreibung umso notwendiger. Fünftens, und damit verknüpft, schreibt sich von der gesellschaftlichen Mitte bis zum rechten Rand eine Familien- und Bevölkerungspolitik fort, die nur an der Reproduktion *bestimmter* Bevölkerungsgruppen interessiert ist: nämlich an einer gut gebildeten, weissen, nicht-migrantisches, christlichen Mittelschicht, ohne körperliche und kognitive Einschränkungen. Das gilt auch für die seit einiger Zeit in den Rahmen des Akzeptablen aufgenommenen, sogenannten Regenbogenfamilien. Die Reproduktion einiger ist erwünscht, während die Reproduktion anderer weniger unterstützt oder sogar aktiv verhindert wird: Hier spielen Rassismus, Klassismus, Behindertenfeindlichkeit, Ableismus und eine ablehnende Haltung gegenüber nicht-konformen Lebensweisen eine zentrale Rolle. Sechstens werden Reproduktionstechnologien nur für bestimmte Menschen zugänglicher. Dieser entlang von Herrschaftsverhältnissen organisierte ungleiche Zugang zu Technologien der Reproduktion und beispielsweise im Rahmen der Leihmutter-schaft auftretende Fragen wie die, wer für wen gebärt, stecken den Rahmen für eine globale und ungleichheitssensible Kontextualisierung von Selbstbestimmung ab. Gefragt werden muss hier, wer unter welchen Bedingungen und in welcher Rolle Techniken der Reproduktion nutzen darf. Schließlich ist und bleibt die Frage von Schwangerschaft und Abtreibung allen politischen Gleichstellungsmassnahmen zum Trotz siebtens eine vergeschlechtlichte. Weiterhin werden Mutterschaft und Weiblichkeit quasi «natürlich» in Verbindung gesetzt. Mit diesen Vorstellungen verknüpfen sich nach wie vor geschlechtsspezifische Rollenerwartungen.

Selbstbestimmung als emanzipatorische, feministische Forderung

Vor dem gerade aufgefächerten Hintergrund lassen sich zwei Aspekte für die Annäherung an eine emanzipatorische, feministische Forderung nach Selbstbestimmung herausstellen. Grundlegend ist es wichtig, Pränatal- und Präimplantations-Diagnostik, die Nutzung von Reproduktionstechnologien ebenso wie Schwangerschaftsabbrüche

als gesellschaftliches Problem, nicht als individuelles zu verhandeln. Die Diskussion um Abtreibung und selektive Diagnostik sollte daher nicht die Frage individueller Moral oder Ethik ins Zentrum stellen, sondern nach den gesellschaftlichen Bedingungen und Herrschaftsverhältnissen fragen, in denen Technologien, ihre Entwicklung und Anwendung eingebettet sind. Dann geht es eben nicht um die besondere Verantwortung von Frauen, sondern um eine kritische Auseinandersetzung mit Bevölkerungs- und Familienpolitik. Selbstbestimmung, das war auch schon ein Tenor bei der Kampagne «Aktion §218» in den 1970er Jahren, müsste daher als ein gesellschaftliches, kollektives Projekt verstanden werden. Zweitens ist festzuhalten, dass aufgrund rassistischer, sexistischer, behindertenfeindlicher Ausschlüsse und ökonomischer Ausbeutung global nur wenige Menschen faktisch ein Recht auf reproduktive Selbstbestimmung haben. Einer feministischen Selbstbestimmungsforderung müsste es aber um die Emanzipation *aller* gehen. Deshalb möchte ich vorschlagen, Selbstbestimmung im Kontext von Abtreibung und Reproduktion mit der Forderung nach reproduktiver Gerechtigkeit zu verbinden. Mit diesem erstmals von Schwarzen Aktivist*innen formulierten Konzept kann die Perspektive erweitert werden und das Recht schwangerer Personen, darüber zu bestimmen, ob sie schwanger sein wollen oder nicht, ebenso eingeklagt werden, wie das Recht auf Schwangerschaft und das gewaltfreie und nicht-prekäre Aufziehen von Kindern. Reproduktive Gerechtigkeit ist dann erreicht, wenn alle Individuen über die sozialen, politischen und ökonomischen Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten verfügen, um selbstbestimmte Entscheidungen über ihren Körper, ihre Sexualität und ihre Reproduktion zu treffen.

Zum Weiterlesen:

- Achtelik, Kirsten (2015): Selbstbestimmte Norm. Feminismus, Pränataldiagnostik, Abtreibung, Berlin: Verbrecher Verlag.
- Diehl, Sarah (2014): Die Uhr, die nicht tickt. Kinderlos glücklich. Hamburg: Arche Literatur Verlag.
- Nüthen, Inga (2010): Mein Bauch gehört mir: Von der Selbstbestimmung über "unseren" Körper – Forderungen nach Selbstbestimmung in feministischen Auseinandersetzungen um Abtreibung und Gen- und Reproduktionstechnologien. In: Gender-Politik-Online: https://www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_sys/politikfelder/Mein_Bauch_gehoert_mir/inga_nuethen_.pdf.
- Ross, Loretta (2006): Understanding Reproductive Justice, Online: <https://www.trustblackwomen.org/our-work/what-is-reproductive-justice/9-what-is-reproductive-justice>, [zuletzt abgerufen am 25.05.2018].
- Schultz, Susanne / Laufenberg, M. / Reuschling, F. / Speck, S. / Tedjasukmana, C. (Hrsg.) (2015): Kitchen Politics - Queerfeministische Interventionen. Sie nennen es Leben, wir nennen es Arbeit. Biotechnologie, Reproduktion und Familie im 21. Jahrhundert, Münster: edition assemblage.

Inga Nüthen ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Marburg und promoviert zu queer_feministischen Konzepten von Politik.